

Überdeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überdeutscher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die geschaltene Poststelle oder deren Raum 25 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pf., auswärtsige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 156.

Freitag, den 6. Juli 1917.

24. Jahrg.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf

Sonntag, den 19. August ds. Js., abends 7 Uhr

nach dem Hutten'schen Garten in Würzburg, Kirchhofstraße 2, ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Parteivorstandes.
a) Allgemeines. Berichterstatter Fr. Ebert.
b) Kasse. Berichterstatter O. Braun.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter Fr. Brühne.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Berichterstatter Dr. David.
4. Die nächsten Aufgaben der Partei. Berichterstatter H. Scheidemann.
5. Anträge.
6. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, die Vorarbeiten für den Parteitag, besonders die Wahl der Delegierten und die Stellung von Anträgen rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge der Parteioptionen müssen spätestens am 25. Juli im Besitze des Parteivorstandes sein, wenn sie nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts veröffentlicht und in der gedruckten Verlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen. Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen können nicht veröffentlicht werden.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstand die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe alsbald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstige Mitteilungen zugehen können.

Wegen Wohnungsbeschaffung müssen sich die Delegierten außerdem beim Lokalkomitee melden. Adresse: Fritz Endres, Arbeitersekretär, Würzburg, Semmelstr. 46. Die Mandatsformulare werden rechtzeitig durch uns verschickt.

Berlin, den 6. Juli 1917.

Der Parteivorstand.

Die Kartoffelrevolten in Holland und die englischen Drohungen.

(Von unserem Korrespondenten im Haag.)

Die holländische Bevölkerung mußte sich schon seit dem Spätherbst mit einer sehr geringen Kartoffelration begnügen. Die Ernte an Winter-Kartoffeln war nicht gut ausgefallen, so daß es nicht möglich war, im Juni auch nur das geringe Quantum von 1 Rgr. für die Woche und den Kopf zu verteilen, das vorgeesehen war. Trotzdem sah sich die holländische Regierung gezwungen, von den geringen Vorräten alter Ernte und den ersten Frühkartoffeln noch einen Teil für die Ausfuhr bereit zu stellen, weil dies die einzige Möglichkeit war, im Juni und Juli auch nur den allernotwendigsten Bedarf an Kohlen zu decken. In seiner Kohlenversorgung ist Holland jetzt ganz auf Deutschland angewiesen, da England, das früher die Hälfte des holländischen Bedarfs deckte, nichts mehr liefert. Die Sachlage war also klar. So unangenehm es für die Holländer war, von Ende Juni an fast gar keine Kartoffeln mehr zu bekommen, schickten sie sich ins Unvermeidliche, so gut oder schlecht es eben ging.

Nun hat aber England den Holländern einen Vertrag aufgezwungen, demzufolge von aller Lebensmittelausfuhr, insbesondere Fleisch, Fischen und Kartoffeln, ebenso viel England zur Verfügung gestellt werden muß, wie nach Deutschland geschickt wird. England liefert zwar keine Kohlen dafür, aber es droht, wenn dieser sein Anspruch nicht befriedigt wird, jede überseeische Zufuhr nach Holland zu sperren. So ruhten denn in den Häfen von Rotterdam und Amsterdam stets eine Reihe von Schiffen mit Kartoffeln für England beladen, und diesem Anblick haben nun die hungernden Arbeiterfrauen Hollands nicht widerstehen können: sie sind auf die Schiffe gegangen und haben sich geringe Kartoffelmengen zur Stillung ihres Hungers geholt.

Derüber schlägt nun die ganze Entente-Presse ungeheuren Lärm und bedroht Holland mit den schwersten Gewaltmaßnahmen. Sie unterstellt den holländischen Behörden, daß sie die Bevölkerung zu diesen „Kollekten“ gegen England ermuntern hätten. Obendrein richtete der neue englische Gesandte im Haag Sir Townley eine Erklärung an die holländische Presse, die man im Wortlaut lesen muß:

„Am anscheinend vorhandenen irrigen Meinungen zu begegnen, wird es für erwünscht angesehen, festzustellen, daß solange keine Kartoffeln nach Deutschland ausgeführt werden, für die Niederlande auch keine Verpflichtung besteht, nach England auszuführen. Andererseits muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß bevor irgend welcher Export nach Deutschland erfolgen darf, gemäß einem bestehenden Vertrag eine gewisse Menge nach England ausgeführt sein muß. Ein Termin, wann die Ausfuhr nach England stattfinden soll, ist nicht vorgegeben. Man sieht, daß die Interessen in Holland das Mittel gegen den Kartoffelmangel im eigenen Lande selbst gänzlich in der Hand haben, da sie zu einer Ausfuhr nach England nur verpflichtet sind, wenn sie beabsichtigen, Kartoffeln nach Deutschland auszuführen. Mit Nachdruck muß auf die Tatsache verwiesen werden, daß die ganze Ausfuhr entfallen ist durch die Sucht der Niederländer, Deutschland mit Kartoffeln zu versorgen. England ist und war stets bereit, Zurückhaltung zu üben, unter der Bedingung, daß keine Kartoffeln nach Deutschland ausgeführt werden.“

Man beachte: Holland muß nach Deutschland Kartoffeln liefern, weil es sonst keine Kohlen bekommt. England liefert nichts, besteht aber darauf, daß Holland ihm ebenso viel Kartoffeln liefert, wie an Deutschland. England kann diese Kartoffeln gar nicht gebrauchen. Eine offiziöse Notiz des Haager Korrespondenzbureaus teilt mit, daß die von dem Landwirtschaftlichen Exportbureau den Engländern zur Verfügung gestellten Kartoffeln größtenteils garnicht verladen worden sind, angeblich, weil sie der englische Vertreter „zu klein“ fand. Aber der „Neue Rotterdamsche Courant“ trifft wohl eher den wahren Grund, wenn er sagt, daß die „ungenügende Schiffsgelegenheit“ das Verladen verhindert hätte. Schließlich hat man diese Kartoffeln den Stadtverwaltungen von Rotterdam, Amsterdam und dem Haag angeboten, aber Amsterdams hat darauf verzichtet, weil die Kartoffeln den Transport und die Verteilung nicht mehr überstehen würden. Tatsächlich scheint der ganze Vorrat — es handelt sich um über 300 000 Rgr. — einfach verrotten zu sein. Man kann sich leicht vorstellen, wie dieses Verfahren die hungernde Bevölkerung Hollands verbittert.

Um den Hohn vollzumachen, läßt die englische Regierung nach Holland drahlen: „nach Ansicht gut informierter englischer Kreise ist es notwendig, daß die niederländischen Behörden Schritte tun, um zu verhindern, daß tatsächliches oder künftiges britisches Eigentum geraubt wird.“

Die Empörung in Holland hat unter dem Druck der ungenügenden Ernährungsverhältnisse immer größeren Umfang angenommen. Die Unruhen dauern an und haben blutige Opfer gefordert, die Regierung beordert militärische Verstärkungen nach Amsterdam, und unter den Arbeitern breitet sich die Stimmung für den Generalfstreik aus. Und England hegt dazwischen durch seinen offiziellen Gesandten mit der aufrührerischen Behauptung, die Rot käme nur von der „Sucht“ der holländischen Regierung her, Deutschland zu versorgen, während doch tatsächlich aus Mangel an Kohlen diese garnicht anders handeln konnte. Ja, es lebt sich herrlich im Bereiche der kleinen Nationen, die England „schützt“!

Aus Amsterdam wird am 4. Juli berichtet: Die wegen Kartoffelmangels entstandene Unruhebewegung nahm im Laufe des Tages zu, ist aber nicht allgemein. Das Organ der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, „Der Volk“, mahnt zur Ruhe und Selbstbeherrschung und verurteilt die bisherigen Tumulte und Blünderungen. Im Laufe des Tages kam es zu vereinzelten Zusammenstößen zwischen Gruppen der Bevölkerung und der Polizei und dem Militär, wobei auch geschossen wurde. Es kamen ansehnliche Truppenkontingente und berittene Gendarmen aus der Provinz. Die Stadtteile, in denen es in den beiden letzten Nächten zu aufrührerischen Ausbrüchen kam, sind abgeperrt. In den Straßen patrouillieren Polizei und Soldaten.

Die Niederländische Telegraph Agent'schap meldet vom 5. Juli: Der eintägige Proteststreik der Hafen- und Bauarbeiter ist beendet. Von der Nachtschicht der Arbeiter in den Munitionswerkstätten in Hembrug blieben anscheinend infolge Einschüchterung tausend Mann aus. Im Hafendistrikt von Rotterdam keine weiteren Ausschreitungen, dagegen war es im Jordaan wieder sehr unruhig. Die Polizei mußte wiederholt mit blanker Waffe vorgehen. Einzelne Schüsse wurden abgegeben. Vier Personen wurden getötet.

Nach einer weiteren Rotterdamer Meldung ist, wenn nicht alle Anzeichen trügen, die Ruhe wieder hergestellt. Nach dem amtlichen Bericht sind 6 Personen getötet und 14 schwer verletzt worden.

Die Vorkonferenz in Stockholm.

Stockholm, 4. Juli. (Eig. Drahtber.)

In der Konferenz, die heute mit den russischen Delegierten abgehalten wurde, waren zugegen die Russen Kojanoff, Goldensberger, Smirnow, Tsjana und Rubinstein, die Schweden Brandberg, Gustav Möller, Söderberg und Engberg, der Holländer Bollegen, die Dänen Nina Bang und Borgbjerg. — Kojanoff klärte zunächst das Grundziel der russischen Initiative auf Einberufung einer allgemeinen Konferenz auf. Der Arbeiter- und Soldatenrat repräsentiere nicht allein alle sozialistischen Gruppen, sondern auch die wirkliche Volksmacht Rußlands, ihr Friedensprogramm sei auch

das der Regierung. Der Friede sei an dem Tage möglich, an welchem die Sozialisten aller Länder ihre Regierungen zwingen, jede imperialistischen Kriegsziele aufzugeben. Nach umfassender Diskussion wurde die nächste Besprechung auf Freitag festgesetzt.

Die russischen Delegierten hatten gestern eine Besprechung mit der Zimmerwald-Kommission. Heute findet eine Besprechung mit der deutschen Minderheit, dann eine solche mit der deutschen Mehrheit, sowie mit dem österreichischen Genossen Adler und dem ungarischen Genossen Westner statt.

Heute reisen von Petrograd die russischen Delegierten Kusanoff, Dubois und Erlich ab: sie werden am Sonntagabend in Stockholm erwartet. Damit ist die russische Delegation vollständig.

Das heute von den belgischen Vertretern ausgegebene 28-seitige belgische Memorandum zeigt keinerlei Abkehr vom bisherigen reinen Entente-Standpunkt. Zur Konferenzfrage fordert er als Zulassungsbedingung für die Mehrheitssozialisten der Zentralstaaten die Abschaffung ihrer bisherigen Politik, die angeblich den Imperialismus unterstützt, und die Inzenerierung entsprechender Massenaktionen.

Die Besprechung, die heute nachmittags Adler, Müller und Westner mit den russischen Delegierten hatten, hat den Eindruck hinterlassen, daß die Aussichten auf das Zustandekommen der allgemeinen Konferenz günstiger erscheinen als bisher, wenn auch der Zeitpunkt für die Konferenz durch die bekannten Umstände hinausgeschoben wurde. Morgen, Donnerstag, wird insbesondere über die Auffassungen der deutschen sozialdemokratischen Parteien weiter diskutiert.

Ueber die legerwähnte Besprechung weiß der Stockholmer Korrespondent des „Berl. Tagebl.“ unter dem 5. Juli noch zu melden:

Gestern nachmittag fanden im holländisch-italienischen Komitee Beratungen zwischen der russischen Delegation des Arbeiter- und Soldatenrats und Hermann Müller von der deutschen Majorität, Viktor Adler und Westner von der ungarischen Sozialistenpartei statt. Der ungarische Delegierte Westner reiste nach am selben Abend nach Budapest. Viktor Adler soll angeblich heute Stockholm verlassen. Vor seiner Abreise machte er mit Westner über den Verlauf dieser ersten internationalen Sitzung Mitteilung. Auf dieser Sitzung sagte nach vorhergehender erregter Debatte Westner der russischen Delegation, daß die bestehenden Schwierigkeiten sich viel besser lösen würden, wenn die Russen auf ihre französischen und englischen Genossen dringen würden, daß sie zur Konferenz erscheinen. Es sei unhaltbar, wenn die Sozialdemokraten heutzutage sagen, daß sie mit ihren Genossen nicht zusammenkommen wollten. Man könne die Sache viel besser klären und für den Frieden tätig sein, wenn man erst bei der Konferenz einheitlich etwas beschliesse, womit man die Regierungen aller Länder zwingen würde, daß sie sofort Friedensverhandlungen anbahnen. Darauf antwortete die russische Delegation, sie würde darauf dringen, daß alle Nationen, auch die Franzosen und Engländer, an dieser Konferenz teilnehmen. In diesem Sinne reissen ja die Russen nach England, Frankreich und Italien.

Vom Tage.

Der alte Wahlrechtsfeind Graf Julius Andrássy schilderte dieser Tage im ungarischen Abgeordnetenhaus seine Befehung zum gleichen Wahlrecht. Er sagte: „Die Leute, die von der Front zurückzukehren, sind nicht mehr dieselben wie vorher. Ihr Selbstbewußtsein ist gewachsen. Sie fühlen, daß es Ihnen zu verdanken ist, daß die Nation weiter lebt. Es ist eine moralische Unmöglichkeit, diese Personen von gebührenden Einflüsse auf das Schicksal des Landes auszuschließen.“

Eine Selbstverständlichkeit! Nur muß Herr von Bethmann sie sofort begreifen.

Die belgische Sozialdemokratie hat in einer Vorstandssitzung in Brüssel beschlossen, die Frage der Beteiligung an der Stockholmer Konferenz einweisen lassen zu lassen, aber eine Vorkonferenz der Entente-Sozialisten zu beschließen. Wie der Belgische Sozialist dazu mitteilt, ist er ermächtigt zu erklären, daß Edward Anierle für die direkte Beteiligung der Belgier an der Stockholmer Konferenz eingetreten sei. Der Parteivorstand habe sich im Prinzip dieser Ansicht angeschlossen, wolle aber erst die Vorkonferenz der Entente-Sozialisten abwarten. Die Redaktion des „Belgischen Sozialisten“ fügt hinzu, daß ihrer Überzeugung nach diese Vorkonferenz niemals stattfinden werde, genau wie die im Frühjahr geplante Pariser Konferenz der Entente-Sozialisten ins Wasser gefallen sei, und dann werden die Sozialisten aus dem besetzten Gebiet Belgiens mit uns nach Stockholm gehen.“

Die Kriegslage.

In der Aisne-Front kosteten zwei neuerliche Gegenangriffe am Nachmittage des 4. und am Morgen des 5. Juli die Franzosen neue, schwere Opfer. Die schweren Verluste, welche die französische Gegenangriffskräfte dem stärksten Heere eintrug, veranlaßt augenblicklich die französische Heeresleitung in ihren Stabschefberichten mit verblüffender Unvorsichtigkeit große deutliche Angriffe zu erfinden, um die hohen Verlustzahlen vor dem eigenen Lande zu rechtfertigen. In Wirklichkeit handelte es sich um eine Reihe rechtlicher Vorkämpfe, welche die Franzosen um die wichtigsten Teile ihres Geländegewinnes aus der großen Frühjahrschlacht an der Aisne brachten. Am 28. Juni wurden französische Gräben bei Ceray in 1000 Meter Breite mit dem großen, in der französischen Stellung gelegenen

Tunnel erobert, am 29. Juni 1200 Meter feindlicher Gräben südlich von Corbary und 1300 Meter auf der Hochfläche von Donelle und am 30. Juni über ein Kilometer Grabensystem, das östlich an die Bavelle-Hochfläche anschließt. Bei allen diesen Stürmen hatten die Deutschen, dank geschickter Führung und der Überlegenheit der deutschen Infanterie im Nahkampf und dank des vorzüglichen Zusammenarbeitens mit der Artillerie sehr geringe Verluste, während die Franzosen außer gewaltigen blutigen Verlusten fast 700 Mann Gefangene verloren. Die Bedeutung, welche die Franzosen selbst den deutschen Eroberungen beimessen, geht aus den unablässigen Gegenangriffen hervor, die ohne Rücksicht auf Verluste angelegt werden. Am 28. Juni wiederholten die Franzosen ihre Gegenangriffe immer wieder, bis in die späte Nacht, ohne jeden Erfolg. Am 29. Juni wurden zwei Angriffe von den Deutschen abgewiesen, am 30. Juni drei, am 1. Juli wiederum eine größere Anzahl, am 2. Juli zwei Angriffe, am 3. Juli einer und am 4. Juli wieder zwei. Der Preis für die blutigen Opfer war gleich null, denn die Stellungen am Chemin-des-Dames befinden sich heute in der Hauptsache noch in deutscher Hand, wie sie am 28., 29. und 30. Juni erobert wurden.

Im Osten vermochten die Russen die Kampftätigkeit nicht wieder aufzunehmen, wenn auch die eingetretenen Paufe ansehnend zu neuen Angriffsvorbereitungen ausgenutzt wird. Im Vergleich zu den eingetretenen enormen Verlusten der Russen ist der erzielte Gewinn ganz außerordentlich gering. Unter der Vorpiegelung, daß die Ostfront durch den Abtransport von Truppen und Kriegsgüter nach dem Westen geschwächt sei, wurden die russischen Divisionen in ein ausichtsloses Unternehmen und in den Tod getrieben. Der Kriegsminister Kerenski, der für die Massenhinrichtungen verantwortlich ist, scheint die rücksichtslose Aufopferungspolitik im Einverständnis mit Brusilow verfolgen zu wollen.

Berlin, 5. Juli, abends. (Amtlich.)
Im Westen geringe Gefechtsaktivität.
Im Osten zwischen Zborow und Szejany harter Feuerkampf.

Wien, 5. Juli. (Amtlich.)
Bei Szejany wurden die letzten in feindlichem Besitze verbliebenen Stellungen zurückgewonnen und gegen Angriffe behauptet. Sonst war die Gefechtsaktivität auf allen Kriegsschauplätzen gering.

Frankreich und Belgien.

Die gegnerischen Heeresberichte.

Frankösischer Heeresbericht vom 4. Juli nachmittags: Gestern abend versuchten die Deutschen eine, die ganze Nacht dauernde kraftvolle Unternehmung gegen unsere gesamten Stellungen in der Gegend nördlich von Vouz bis östlich der Hochfläche von Kalifornien. Auf dieser ungeheuren Front machten sie wiederholte heftige Angriffe mit großen Verbänden. Ihre besonders ausgebildeten Sturmtruppen gingen in erster Linie östlich von Joidmont, westlich und südwestlich von Cerny und nördlich von Alles sowie auf der Hochfläche von Calomates und von Kalifornien vor. Die Schläge des Feindes waren vollstän-

dig, seine Verluste sehr schwer. In der Gegend von Cerny bedrohten und auf der Hochfläche von Kalifornien wurden seine Sturmwellen durch unser Feuer fast vernichtet. An einigen Punkten, wo es den Deutschen beim ersten Stoß gelungen war, Fuß zu fassen, drängten unsere Gegenangriffe den Feind rasch zurück, der nicht einen einzigen Meter unserer Stellungen behaupten konnte. Handstreich gegen unsere letzten Posten in der Gegend von Sargisneul und Sargisneul misslungen. Niemand zeigte Tätigkeit der beiderseitigen Artillerie in der Gegend der Höhe 304.

Abends: Der Feind beschränkte sich während des Tages darauf, unsere Linien, namentlich in der Gegend La Rogere, bei Durteilie und auf der Hochfläche von Baulere heftig zu beschleichen. Es bemüht sich, daß deutsche Angriffe in der letzten Nacht, die auf einer Front von ungefähr 17 Kilometer unternommen wurden, dem Feinde außergewöhnlich hohe Verluste brachten, ohne ihm Geländegewinn oder Gefangene einzubringen. Wir hielten überall unsere Stellungen nötig. Die Deutschen erwarteten die Verluste nicht. Dagegen unternahmen wir östlich Cerny einen Teilangriff, wobei wir einen vom Feinde fest gehaltenen Vorposten nahmen. Auf dem linken Massif wurden drei aufeinanderfolgende Angriffe, die durch Flammenwerfer unterstützt wurden, gegen unsere Gräben südwestlich der Höhe 304 durch unser Feuer abgelehnt. Der Artilleriekampf hält in dieser Gegend sehr lebhaft an.

Belgischer Bericht: Leichtige Tätigkeit der feindlichen Artillerie im Abschnitt Steenstraet und Het Sas. In der Gegend von Pappegale spielten sich gestern abend lebhaft Kämpfe ab. Ein feindliches Flugzeug wurde im Luftkampf von einem der unsrigen abgeschossen und fiel in den feindlichen Linien südlich Ursmuiden nieder.

Englischer Bericht vom 4. Juli: Heute früh griff der Feind einen unserer Posten südlich Opren an und versuchte einen Vorstoß östlich vor. Die feindliche Artillerie war nördlich der Scarpe in der Nähe von Opren und Messines tätig. 4 feindliche Flugzeuge wurden gestern ab, 5 weitere sind außer Betrieb gesetzt. Eins unserer Flugzeuge wird vermisst.

Wenn — auch noch Ribot — der Friede viel leichter zu schließen wäre.

Ribot hielt bei dem von der amerikanischen Handelskammer gegebenen Führlin eine Ansprache, worin er auf die geschäftlichen Beziehungen der französischen und nordamerikanischen Republik hinwies und dann fortfuhr: Als die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten, bestimmten sie durch den Rumpf Wilsons die Bedingungen des künftigen Friedens, so daß eine völlige Übereinstimmung zwischen ihnen und Frankreich sofort hergestellt war. Nach Aufgabe Oberbefehlshabers an Frankreich und nach der Wiederherstellung Belgiens, Serbiens, Polens und Rumaniens und der letzten Provinzen Frankreichs, muß der Kampf gegen den preussischen Militarismus geführt werden, der die höchste Bedrohung des Bestehens der friedlichen Nationen ist. (Loud George wiederholte gestern, was Wilson und ich von der Kammertribüne herab gesagt haben, daß der Friede viel leichter zu schließen wäre, wenn wir Vertreter einer auf den westlichen Weltgrundrissen beruhenden Demokratie aus gegenüber hätten. Das meinen wir recht laut aussprechen, bis wir auch von anderen Seiten gehört werden. Der Sieg ist sicher, falls wir nicht im entscheidenden Augenblicke schwach werden.)

Rußland.

Petersburger Wahlen.

Bei den Wahlen zum großen Stadtrat von Petersburg ergaben die Sozialisten 37 Sitze, die rechtsradikalen Sozialisten 54, die Liberalen 47, die Minimalisten 40, die demokratischen Sozialisten 3, die nationalen Sozialisten 6 und die Arbeiterpartei (?) 11 Sitze.

England.

Seine Proportionalwahl.

Das Unterhaus hat bei Beratung des Verhältnisses des Reiches, des Systems der proportionalen Verteilung abgelehnt, mit 201 gegen 169 Stimmen.

Das englische Streikrecht.

Um der Unruhe in den Arbeiterkreisen entgegenzuwirken, hat der englische Munitionsminister Dr. Addison eine Konferenz mit 43 Gewerkschaftsvertretern der Schiffbau- und Metallindustrie über das Munitionsgesetz und seine Anwendung abgehalten. Dr. Addison übernahm dabei den Gewerkschaften gegenüber folgende Verpflichtungen:

1. Bei der Ausführung von Privatverträgen bleibt das Recht auf Streiks und Aussperrungen unberührt.
2. Das Verbot von Streiks und Aussperrungen in der Munitionsindustrie einschließlich des Schiffbaues gilt nur für die Dauer des Krieges.
3. Sofort bei Friedensschluß tritt ein Teil des Munitionsgesetzes außer Kraft und das Streikrecht tritt wieder auf.

Der Übergang von Staatsarbeit in privater Arbeit soll den Unternehmern nicht freigestellt sein, sondern nur durch Anordnung des Munitionsamtes erfolgen können.

Der Seetrieg.

Ein französisches Unterseeboot vernichtet.

W.S. Berlin, 5. Juli. (Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote im Mittelmeer, Kommandant Oberleutnant zur See von Heimburg, vernichtet am 19. Juni an der Küste von Tunis ein im Geleite eines Zerstörers fahrendes großes französisches Unterseeboot durch Torpedoschuß. Oberleutnant zur See von Heimburg versenkte damit sein drittes feindliches Unterseeboot.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Angriffe deutscher U-Boote auf amerikanische Truppentransporte.

Nach einer Mitteilung des Marine-Sekretärs Daniels sind die amerikanischen Truppentransporte zweimal von deutschen U-Booten angegriffen worden. Die Transporte waren in verschiedene Kontingente verteilt, die aus Truppenschiffen und einer Eskorte von Kriegsschiffen bestanden. Die Eskorte sollte im Ozean durch die amerikanischen Torpedojäger, die jetzt in den europäischen Gewässern operieren, verstärkt werden. Der erste Angriff fand am 22. Juni, abends 11 Uhr, statt und zwar an einem Punkte östlich von dem verabschiedeten Rendezvous mit den Torpedojägern. Eine große Anzahl von U-Booten nahm an dem Angriffe teil. Sie wurden von den eskortierenden Torpedojägern auseinandergetrieben. Es wurden mindestens fünf Torpedoschiffe getroffen. Der zweite Angriff wurde einige Tage später auf ein anderes Kontingent gerichtet. Dieser geschah jenseits des Rendezvous-Platzes. Die Torpedojäger verwendeten Granaten, die erst unter Wasser explodierten. In einem Falle kam nach einem Schusse auf ein Periscope Wrackholz nach oben, so daß das U-Boot offenbar getroffen und in den Grund gedrückt war.

Der englische Bericht über den Luftangriff auf Harwich.

Amtlich wird aus London gemeldet: 12 bis 14 Flugzeuge griffen Harwich morgen an. Nach dem letzten Bericht wurden 8 Personen getötet und 22 verwundet. Der Sachschaden ist gering. Die Abwehrgeschütze zerstreuten, obwohl das Wetter unruhig war, die feindliche Formation. Unsere Flugzeuge bewirkten die Anzeiger in einen Kampf, diese wandten sich, ohne einen Versuch, in das Innere des Landes vorzudringen, wieder heimwärts. Der Angriff dauerte einige Minuten.

Nach einer weiteren amtlichen Meldung belief sich die Zahl der Opfer des Luftangriffes auf 11 Tote und 36 Verwundete.

England erwirbt die Andreise der schwedischen Schiffe.

Wie „Nya Dagbladet“ mitteilt, konnten am 1. Juli nur sehr wenige Schiffe aus den englischen Häfen heimfahren, da die englische Regierung folgende Bedingungen stellte:

1. daß 25 Prozent von dem Werte der freigegebenen Schiffe hinterlegt werden müßten;
2. daß Schiffe, die sofort zurückkehren, drei Monate lang Fahrten für England unternehmen müßten;
3. daß auch nach Ablauf dieser Zeit erwogen werden solle, unter welchen Bedingungen die übrigen Schiffe nach und nach freigegeben werden könnten. Diese Bedingungen, die nach der Ansicht der schwedischen Reederei unerfüllbar sind, wurden erst am Vormittage des 1. Juli, also absichtlich zu spät, bekanntgegeben.

Zwei russische Torpedoboote gesunken.

Reuter meldet aus London: Die englische Admiralität macht bekannt: Ein englisches Torpedoboot von einem alten Typ ist in der Nordsee auf eine Mine gelaufen und gesunken. Nach einem russischen Bericht ist im Schwarzen Meer ein Torpedoboot alten Typs auf eine Mine gelaufen und gesunken.

Befestigung eines portugiesischen Stützpunktes durch ein deutsches Unterseeboot.

Reuter meldet aus Ponta Delgada (Azoren): Ein Unterseeboot besaß bei Tagesanbruch die Stadt. Ein Mädchen wurde getötet und andere verwundet. Die Forts eröffneten das Feuer.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Abschluß der deutsch-englischen Verhandlungen über die Kriegsgefangenen.

Der Abschluß der deutsch-englischen Verhandlungen über Kriegsgefangenen-Ausgetauschten, die in der vergangenen Woche stattfanden, ist am Montag abend protokolliert worden. Sie sind unter dem Vorsitz des Barons von Breitenburg in angepanntester Arbeit durchgeführt und, wie „Neuzeit“ jetzt mitteilt, erfolgreich beendet worden. Nach „Neuzeit“ betrafen sie folgende Punkte: Erstens Inanspruchnahme der bereits bestehenden Vereinbarungen über den Austausch von Kriegs- und Zivilgefangenen. Ausarbeitung der bestehenden Übereinkunft über die Auswechslung oder das Internieren in einem neutralen Lande von Kriegs- und Zivilgefangenen. Auswechslung von Zivilärzten und Geisteskranken. Aufhebung von Streifen, die gegen Kriegsgefangene verhängt waren, Änderungen der Art der Befreiung von Kriegsgefangenen. Die Methode der Befreiungsmittel gegen Kriegsgefangene. Abfertigung von Gefangenen. Beschleunigte Mitteilung der Namen von Kriegsgefangenen. Die verhandelnden Teile kamen über diese Punkte zur Übereinkunft, deren Genehmigung sie ihren Regierungen

gegenüber empfehlen werden. Um die menschenfreundliche Arbeit bei der Verhandlung möglichst zu unterstützen, erklärte sich die niederländische Regierung bereit, eine gewisse Anzahl von Kriegs- und Zivilgefangenen aufzunehmen und zwar höchstens 16000 Mann in einer Verteilung auf beide kriegsführenden Parteien, die die Verhandlungen festgelegt haben. Diese nahmen das Angebot an und werden es ihren Regierungen vorlegen. Die Schlichtung wurde ebenso wie die Eröffnung durch den Minister des Auswärtigen Jonkh. Lordon geleitet, der mit den Delegierten das Schlichtungsprotokoll unterzeichnet hat. Baron Lordon sagte den Delegierten seinen Dank und wünschte ihnen Glück zum Erfolg ihrer Besprechungen, die, getragen von dem aufrichtigen Wunsch, sich gegenseitig entgegenzukommen, geführt worden seien. Ein Wunsch, der sich aus dem menschenfreundlichen Ziel, das beide Delegationen vor Augen gehabt hätten, herleitete. Der Minister erklärte den Delegierten, daß die kriegsführenden Parteien stets auf den Bestand Hollands rechnen könnten, wenn es sich darum handele, Zusammenkünfte zu Zwecken dieser Art herbeizuführen.

Die holländische Regierung hat nicht nur durch ihren Vorschlag, die Kriegsgefangenen aufzunehmen, sondern auch durch die tatkräftige Gastfreundschaft, durch die sie die erfolgreiche Durchführung der Verhandlungen wesentlich unterstützt hat, der Sache der Menschlichkeit einen sehr großen Dienst erwiesen.

22 625 amerikanische Flugzeuge.

Reuter meldet aus Washington: Das Kriegsamt der Vereinigten Staaten hat den Gesetzentwurf für den Bau von 22 625 Flugzeugen fertiggestellt. Der Entwurf ist dem Heeresauschuß des Abgeordnetenhauses eingereicht. Es wird zu diesem Zweck ein Kredit von 639 Millionen Dollar verlangt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag.

dessen Plenum gestern zur Sommertagung zusammentrat, nahm lediglich die Begründung der neuen Kreditvorlage, die 15 Milliarden für Kriegszwecke verlangt, durch den Reichschatzsekretär Graf Keder entgegen, und verlagte die Beratung zum Sonnabend. Mit der für diesen Tag in Aussicht genommenen Generaldebatte soll auch die Diskussion des Berichtes des Verfassungsausschusses über das Landtagswahlrecht verbunden werden. Nur der Abg. Gejer protestierte namens der unabhängigen Sozialdemokraten gegen dieses Verfahren, das er eine Abwägung der notwendigen parlamentarischen Arbeiten nannte, was ihm eine Rüge des Präsidenten zuzog. Heute steht der Bericht des Verfassungsausschusses über die Änderung des Reichstagswahlrechts (Leitung der Riesenwahlkreise und Verhältniswahl), sowie die Verlängerung der Legislaturperiode auf der Tagesordnung.

Die gesetzlich zulässigen Abzüge bei der Besteuerung in Preußen.

Ein Erlass, durch den der preussische Finanzminister tunlichste Berücksichtigung der jetzigen schweren Zeit bei der Veranlagung und Erhebung der Einkommensteuer angeordnet hat, lautet wörtlich:

„Daß die infolge des Kriegszustandes zurzeit herrschende Teuerung von den Steuerpflichtigen mit geringeren Einkommen besonders schwer empfunden wird, liegt auf der Hand. Wenn gleichwohl auch bei diesen Einkommen von den allgemein gültigen Vorschriften des Einkommensteuergesetzes bei der Veranlagung zur Einkommensteuer nicht abgewichen werden darf und insbesondere auch bei ihnen alle Bezüge in Ansatz zu bringen sind, die sich nach den gesetzlichen Bestimmungen und ihrer maßgeblichen Auslegung durch diesseitige Erlasse und die Rechtsprechung des königlichen Oberverwaltungsgerichtes als steuerpflichtiges Einkommen darstellen, so müssen doch auf der anderen Seite die gesetzlich zulässigen Abzüge vom steuerpflichtigen Einkommen in vollem Umfange und ohne Kleinliche Handhabung anerkannt und berücksichtigt werden.“

Dies gilt beispielsweise auch von dem Abzuge der Ausgaben zur Beschaffung von Werkzeuigen, Rohmaterialien, Arbeitskleidung usw., welche Arbeiter aus dem ihnen zustehenden Lohne zu bestreiten haben. Auch diese Ausgaben sind vielfach infolge der Preissteigerung der meisten Gegenstände gegen früher nicht unerheblich gewachsen. Insofern daher einzelne Veranlagungskommissionen sich früher über gewisse Pauschalsätze, bis zu deren Grenze solche ohne näheren Nachweis zuzulassen sind, schlüssig gemacht haben, werden ihre Beschlüsse einer Nachprüfung bedürfen, bei welcher der eingetretene Erhöhung dieser Ausgaben in entgegenkommender Weise Rechnung zu tragen sein wird.

Besonders fühlbar wird die herrschende Teuerung natürlich für Haushaltungs-Vorstände geringeren Einkommens, welche zahlreiche Kinder zu unterhalten haben. Hier wird zu erwägen sein, ob nicht im Einzelfalle die Belastung des Steuerpflichtigen so groß ist, daß sich neben der Berücksichtigung der Kinder gemäß § 19 des Einkommensteuergesetzes noch eine weitere steuerliche Entlastung nach § 20 a. a. O. rechtfertigt. Wenn auch diese doppelte Berücksichtigung der Kinderunterhaltung nach Artikel 20 III der Verfassungsanweisung gemeinhin nur in seltenen Ausnahmefällen Platz greifen soll, so ist sie doch gesetzlich nicht ausgeschlossen, und die besonderen Verhältnisse der jetzigen schweren Zeit lassen eine möglichst weitgehende Anwendung der gesetzlich zulässigen Erleichterungen wohlbegründet erscheinen.“

Schließlich ordnet der Erlass des Finanzministers an, daß bei der Beitreibung fälliger Steuern jetzt mehr als je mit Milde und Entgegenkommen verfahren werden muß, und daß insbesondere auch überall da von der Ermächtigung zur Einziehung Gebrauch zu machen ist, wo die Verhältnisse der Pflichtigen es irgend notwendig erscheinen lassen.

Zum Verfassungskonflikt in Sachsen.

Aus Dresden wird berichtet, daß es am Mittwoch in der Zweiten Kammer zum offenen Bruch mit der Regierung kam. Da die Regierung die Einsetzung einer Zwischendeputation für die Verfassungsreform ablehnte, beschloß die Zweite Kammer mit 50 gegen 25 Stimmen, die Einsetzung der von der Regierung gewünschten Zwischendeputation für die Kohlenvorlage nur zu genehmigen, wenn die Regierung in die Verfassungsdeputation einwilligt. Damit sind beide Deputationen gefallen.

Jetzt muß, wie in einer Mitteilung an die „Post. Ztg.“ hervorgehoben wird, die Regierung den Landtag Ende August wieder einberufen, damit die Kohlenvorlage bis Ende Oktober erledigt werden kann. Gleichzeitig wird da-

mit auch die Verfassungsdeputation wieder in Tätigkeit treten können, sobald die Absicht der Regierung, die Neuordnung hinauszuschieben, doch vereitelt wird.

Ueber die Dienstausschüsse der Zweiten Kammer wird uns berichtet: Auf der Tagesordnung stand der Antrag des Verfassungsausschusses, der die Regierung u. a. auffordert, im Bundesrat für die Durchführung der von der Reichsleitung zugesagten vollstündigen und freiheitlichen Neugestaltung zu wirken. Infolge der ablehnenden Haltung der Regierung im Ausschuss und der konservativen herrschende Konfliktstimmung. Der Minister des Innern, Graf Bismarck, sagte zwar eine loyale Förderung der Neugestaltung und ein Eintreten für Erfüllung der Wünsche der neuen Zeit zu, lehnte aber gleichzeitig eine Wahlrechtsreform für Sachsen erneut ab. Dadurch wurde die sozialdemokratische Kritik herausgefordert, und auch von national-liberaler Seite wurden eindringliche Mahnungen an die Regierung gerichtet, die tiefgehende Unzufriedenheit im Volk zu beachten. — Der Minister wollte diese allgemeine Gärung durch die Nahrungsmittelstreitigkeiten erklären, wurde aber in temperamentvoller Weise durch die sozialdemokratischen Mitberichtersteller eindringlich darauf verwiesen, daß das Volk ebenso nach Brot wie nach Gleichberechtigung rufe. Wenn man nicht eine freiheitliche, vollstündige Entwicklung durch eine baldige innere Neugestaltung ermöglichen kann, dann werde man die Folgen zu verantworten haben und sich Kämpfen gegenübersehen, die die Regierung vor allem gern vermeiden möchte. Nach weiteren lebhaften Verhandlungen, denen die Regierung nicht mehr beiwohnte, stimmte die erdrückende Mehrheit der Zweiten Kammer dem Antrag des Verfassungsausschusses zu, gegen den nur 13 Konservative sich erhoben.

Ueber die letzte Sitzung der Zweiten sächsischen Kammer, in der es zum Bruch mit der Regierung kam, wird uns geschrieben:

Die Regierung hatte im Verfassungsausschuss endgültig abgelehnt, diesen Ausschuss einzusetzen und ihm so eine glatte Fortsetzung seiner Arbeiten zu ermöglichen. Für die Beratung des Gesetzentwurfs über das staatliche Kohlenabbaurecht wurde aber eine Zwischendeputation in Aussicht gestellt. In der letzten Plenarsitzung der Zweiten Kammer wurde nun an dieser Stellungnahme der Regierung sowohl von sozialdemokratischer wie von liberaler Seite schärfste Kritik geübt und der Regierung unverblümt gesagt, sie werde es noch zum Schlimmsten treiben. Darauf erklärte der Minister, Graf Bismarck, er werde sich durch Drohungen nicht einschüchtern lassen, sondern hart und fest bleiben. Da zeigte die Kammermehrheit — nur die Konservativen gingen mit der Regierung — der Regierung die Zähne. Ein von allen drei Fraktionen der Linken Seite und der Mitte unterzeichneter Antrag wurde zum Beschluß erhoben, nach welchem die beiden Zwischendeputationen (für das Kohlenabbaurecht und die Verfassungsfragen) nur dann als erkannt gelten, wenn beide die königliche Genehmigung erhalten und wenn beide gleichzeitig berufen werden. Dadurch ist die Regierung in die Zwangslage versetzt worden, entweder beide Zwischendeputationen einzusetzen, oder auf die für das Kohlenabbaugesetz eingesehten zu verzichten. Sie wird letzteres tun und versuchen, das Kohlenabbaugesetz dadurch zu retten, daß sie den am Mittwoch vertagten Landtag bereits wieder am 20. August einberuft. Dann haben nach ihrer Meinung beide Deputationen (aber freilich ohne Diätenbezug) genügend Zeit, ihre Aufgaben zu erledigen. Ob auf diese Weise das Kohlenabbaugesetz gerettet werden kann, ist aber noch sehr zweifelhaft.

Die sächsische Regierung hat zum ersten Male einen entschiedenen Willen der Kammermehrheit gefühlt, vielleicht wirkt das für die Zukunft heilsam auf sie.

China.

Der Bürgerkrieg. Die „Morning Post“ meldet aus Peking vom Dienstag: Der Präsident flüchtete in die japanische Gesandtschaft. Der frühere Ministerpräsident, Sun Shichuan, reiste nach Peking ab, wo starke Streitkräfte zusammengezogen wurden. Er wird das Kommando über alle Streitkräfte, die vom Süden aus gegen Mandchus vorrücken sollen, übernehmen, während Schang Jutschi den Befehl über die Truppen von Schantung führen wird. Man erwartet einen Angriff auf das Hauptquartier des Generals Schang Houn. Der Präsident übertrug das Präsidentenamt zeitweilig an Teng Kuntshang und ordnete an, eine Regierung in Nanking einzurichten und Sun Shichuan wieder zum Präsidenten zu ernennen. Später berichtet derselbe Korrespondent, daß neun Personen, darunter Prinz Sun Lun, wegen Hochverrats auf Befehl des Generals Sun Hsun hingerichtet wurden. Der Militärgouverneur von Spaiti, Hsaku, übermittelte Schang Hsun ein Ultimatum, in dem er seinen Rückzug aus Peking binnen 24 Stunden verlangt.

Aus Schanghai erzählt die „Morning Post“, daß nur in Peking die Monarchie anerkannt sei, sonst nirgends.

Ernährungsfragen.

Die Mühlen der Verwaltung arbeiten langsam. Ueber die Ungleichmäßigkeit der Verteilung der Lebensmittel in den einzelnen Provinzen und in den einzelnen Ämtern einer Provinz ist schon des öfteren mit Recht geklagt worden. Welche Wüten sie treiben kann, zeigt folgende Ungehörlichkeit. In der Provinz Tschifan grenzen die Ämter Brambauer und Walztrop aneinander. Das erstere gehört zum Regierungsbezirk Arnberg und das andere zum Regierungsbezirk Münsler. Während nun das erstgenannte Amt die Lebensmittelzulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter an alle Arbeiter ausgibt, die in seinem Bereiche arbeiten, nicht aber an diejenigen, die wohl in Brambauer wohnen, aber außerhalb in Arbeit stehen — gibt Walztrop als Selbstverwalterbezirk die Zulagen an fremde Arbeiter nicht. Die Folge dieser verschiedenen Verordnungen ist, daß die in Brambauer heimkehrenden Schwer- und Schwerstarbeiter, die im Amt Walztrop ihrem Unterhalte nachgehen, überhaupt keine Zulagen erhalten. Die Einwohner von Walztrop dagegen, die im Amt Brambauer arbeiten, haben den doppelten Nutzen. Sie genießen zunächst die Vorteile als Bürger eines Selbstverwalterbezirks und erhalten außerdem die Zulagen, die, wie gesagt, Brambauer an alle ausgibt, die in seinem Machtbereich schwere Arbeit leisten. Wie uns mitgeteilt wird, sind schon die verschiedensten Schritte getan, das Mißverhältnis zu beseitigen, aber bei den vielen Behörden und Instanzen, die mitzusprechen haben, ist die Sache in ihrem Kreislauf irgendwo vor Ermüdung in einem Scheitelpunkt liegen geblieben. Ein unternehmender neuer Anlauf wird ihr hoffentlich wieder auf die Beine helfen.

Der amtliche Kriegsbericht.

III. Großes Hauptquartier, 6. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Bei Dunk und Regen herrschte tagsüber nur die gewöhnliche Stellungskampftätigkeit. Abends lebte bei besserer Sicht das Feuer vielfach auf. Nachts spielten sich mehrere Erkundungsgesuche ab. Hart nördlich der Mische hatten Stoßtrupps eines württembergischen Regiments nach erhittem Nahkampf eine größere Zahl von Franzosen aus ihren Gräben.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Zwischen Iborow und Brzezana nahm gestern der Artilleriekampf große Stärke an, ließ nachts nach und ist seit Tagesanbruch wieder gesteigert.

Auch bei Zwjgin, Brody und Smorgon war die Feuerstätigkeit zeitweise sehr lebhaft.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef

Erkannte Bereitstellung rumänischer Infanterie zum Angriff gegen einige von uns gehaltene Höhen südlich des Cajinutales wurden durch Vernichtungsgeschütze zerstört.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In der unteren Donau war der Feind unruhiger als in letzter Zeit.

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Aus Südböhmen und den Nachbargebieten.

Freitag, 6. Juli.

„Spezialisten“. In den „Lübedischen Anzeigen“, denen die wüßigste Revolution anscheinend gar nicht paßt, und die deshalb bemüht sind, die neuen Männer als möglichst unfähig oder böswertig hinzustellen, halten es für angebracht, den Postminister und Sozialisten Correlli als untauglich für sein Amt hinzustellen. Dann heißt es: „Eins ist klar: um ein guter Minister des Post- und Telegraphenwesens zu sein, muß man nicht nur Sozialist, sondern auch Spezialist sein.“ — Als seinerzeit in Deutschland der General Poddzielski zum Postminister ernannt wurde, hatte das Amtsblatt dagegen nichts einzuwenden. Wahrscheinlich war ihm damals die ihm jetzt gewordene Klarheit noch nicht gekommen. Allerdings: Poddzielski war kein Sozialist.

Falsche Gerüchte. Von der Städtischen Kartoffelstelle wird uns geschrieben: Im Publikum zirkulieren wieder einmal die schlimmsten Gerüchte über große Mengen verdorbener Kartoffeln, die der Bevölkerung abzugeben werden müssen. Tatsächlich handelt es sich um zwei Wagenladungen, die während der heißen Tage nach hier gebracht, sich nicht in einem Zustande befanden, um ohne weiteres abgegeben werden zu können. Diese Kartoffeln sind sofort sehr sorgfältig sortiert und der brauchbare Teil ist unserer Bevölkerung zugute gekommen. Soweit die Kartoffeln zur menschlichen Ernährung nicht geeignet waren, mußten sie als Viehfutter abgegeben werden. Unverwertet geblieben ist nicht eine einzige Kartoffel. Die im Publikum zirkulierenden Gerüchte sind deshalb falsch und es kann nur gewarnt werden, sie weiter zu geben, da der einzelne sich dadurch strafbar macht. Im übrigen kann nur immer wieder darauf ermahnt werden, derartige Wahrnehmungen sofort der Städtischen Kartoffelstelle mitzuteilen, da dann eine Klärstellung alsbald erfolgen kann.

Mehr Mehl für die ausfallende Kartoffelernte. Von zutragender Seite wird mitgeteilt: „Infolge der anhaltenden Dürre hat sich die Gemüleeinte verzögert und teilweise auch verbleibet. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes hat infolgedessen angeordnet, daß für fehlende Kartoffeln Mehl in größerer Menge als bisher zur Verteilung gelange, solange bis die deutsche Frühkartoffelernte im vollen Umfange eingeleitet hat.“

Zusatz-Renten. Die Ankündigung des Reichsausschusses der Kriegsschädigten-Versicherung, daß er für die zahlreichen in Not befindlichen Kriegsveteranen den Sammelbeitrag schwängen wolle, hat in der Öffentlichkeit einen so jämmerlich schlechten Eindruck gemacht, daß Kriegsministerium und Reichsamt des Innern schleunigst davon abgerückt sind. Jetzt teilt der Reichsausschuss der Kriegsschädigten-Versicherung mit, daß er einen Entwurf für die Gewährung der Zusatz-Renten ausgearbeitet hat, durch den dafür gesorgt werden soll, daß der Kriegsschädigte durch Militärrente, Zusatzrente und Arbeitslohn ungesähr wieder auf die Einkommensstufe gelangt, die er vor dem Kriege hatte. Ähnliche Zusatz-Renten sollen auch den Kriegshinterbliebenen gewährt werden. Das wäre zweifellos ein erheblicher Fortschritt. Aber Zufriedenheit ist auf diesem Wege überhaupt nicht zu erreichen. Erst wenn man den Kriegsschädigten die Möglichkeit gibt, ihre Rente in ordentlichem Rechtsverfahren festsetzen zu lassen, und den Kriegsschädigten dabei weitgehende Mitwirkung gönnen, werden die heftigen Kritiken verfliegen. Auch der Kriegsschädigte will nicht Objekt der Fürsorge, sondern Rechtsobjekt, Träger von Rechten sein.

Schülerhilfe in der Landwirtschaft. Der öffentliche Arbeitsnachweis, vom Senat für Lübeck als Vermittlungsstelle für jugendliche landwirtschaftliche Hilfsarbeiter bestellt, schreibt uns folgendes: Der Aufruf der Jugendlichen für Hilfsarbeit in der Landwirtschaft hat auch in der Lübeder Jugend freudigen Widerhall gefunden. Eine Umfrage in den Schulen ergab eine große Zahl von Meldungen für freiwillige Hilfsarbeit in der Landwirtschaft. Eine Nachfrage bei den Gemeindeführern ließ alsdann freilich erkennen, daß das Interesse der Landwirtschaft an der Heranziehung jugendlicher Arbeitskräfte zunächst außerordentlich gering war; ausnahmslos erklärte man, der Jugendlichen nicht zu bedürfen. Lehrkräften der Oberrealschule zum Dom gelang es dann aber, einzelne landwirtschaftliche Betriebe von dem Werte der angebotenen Hilfe zu überzeugen. In diesen Betrieben, wie auch bei der Bearbeitung zahlreicher Kleingärten, deren Inhaber einberufen sind, haben Schüler der Oberrealschule zum Dom eine außerordentlich verdienstliche Arbeit geleistet, für die der Schule, den Lehrern und den Schülern wärmster Dank gebührt. Aber auch von anderen Stellen wurde im Laufe der letzten Wochen Bedarf an jugendlichen Arbeitskräften gemeldet, der stets sofort befriedigt werden konnte und bei dessen Befriedigung das Katharineum und das Johanneum, verschiedene Mittel- und Volksschulen, in gleicher Weise verdienstlich mitgewirkt haben. Beispielsweise haben in großer Anzahl ältere

Schüler aus verschiedenen Schulen auf den Spargel-Plantagen mitgewirkt; 67 Schülerinnen haben wochenlang beim Spargel-schälen fleißige Arbeit geleistet. An mehreren Stellen fanden in größerer Zahl Schüler beim Rübenhacken Verwendung. Für die Arbeit wurde eine Entlohnung gewährt, für deren Ungenügsamkeit das Stadt- und Landamt Sorge getragen hatte. In einzelnen Fällen wurden Schüler ganz aufs Land vermittelt, wo sie alsdann Kost und Pflege bei ihren Arbeitgebern fanden. Die Erfahrungen, die man bei der Heranziehung der Schüler und Schülerinnen zu landwirtschaftlicher Hilfsarbeit gemacht hat, sind im allgemeinen durchaus günstig. Daß dem größten Teil von Schülern und Schülerinnen als Großstadtkinder die Arbeit im Garten und Feld anfangs ungewohnt war, ist nur verständlich, aber die Kinder haben sich nach einiger Anleitung leicht in ihre neue Tätigkeit hineingefunden und nur ganz wenige blieben dauernd ungeschickt. Klagen über Mangel an Willen und mangelnden Fleiß sind daher auch nicht laut geworden; im Gegenteil haben verschiedene Arbeitgeber berichtet, daß die Schüler durchweg einen anerkennenswerten Fleiß bei der Ausübung ihrer oft nicht leichten Tätigkeit zeigten. Nach diesen Erfahrungen ist damit zu rechnen, daß die Landwirtschaft auch fernerhin, zumal in der bevorstehenden Erntezeit, gern auf die Mitarbeit jugendlicher Hilfskräfte zurückgreifen wird. Es ist daher besonders erfreulich, daß eine Anzahl Schüler und Schülerinnen auch für die bevorstehende Ferienzeit sich zur Übernahme landwirtschaftlicher Arbeit bereit erklärt haben. Landwirte oder Gartenbesitzer, die der Hilfe unserer Schüler und Schülerinnen zu bedürfen glauben, wollen dies möglichst zeitig dem Stadt- und Landamt, Abt. III (Öffentlicher Arbeitsnachweis, Parade 1, Fernsprecher 445 und 485) mitteilen.

Militärfahrarten für Hilfsdienstpflichtige. Hilfsdienstpflichtige, die im militärischen Bahn-, Brücken- und Grenzschutz tätig sind, können jetzt nach einer Anordnung des Kriegsministeriums Militärfahrarten lösen. Es ist dies zulässig für Fahrten zur Erreichung ihrer Wohnorte und nach Ablösung zur Erreichung ihres Wohnortes. Für diese Fälle ist ein Ausweis vorgesehen. Als äußeres Kennzeichen tragen sie eine mit dem Stempel des Ersatzbataillons (der Ersatzabteilung usw.) und der Aufschrift „Wahrscheinlicher Hilfsdienst“ versehene schwarz-weiße Armbinde oder eiserne Plakette.

Fleischverkauf. In der Woche vom 9. bis 15. Juli 1917 wird Kindfleisch und Schweinefleisch ausgegeben. Keine Person hat Anspruch auf Zuteilung von mehr frischem Fleisch als der Hälfte der Wochenmenge an Kindfleisch und einem Viertel der Wochenmenge an Schweinefleisch. Der Rest kann in Wurst entnommen werden.

Gewerbeanmeldungen für die Monate April, Mai und Juni 1917: Annancen-Expeditoren 1, Bäder 1, Barbier 1, Blumenhändler 1, Drogeriehändler 1, Druckereihändler 1, Futwarenhändler 2, Feuerungshändler 2, Flaschenbierhändler 2, Friseur 2, Friseurinnen 1, Gastwirtinnen 1, Händler 3, Händlerinnen 3, Hütten 2, Holzhändler 2, Käsehändler 1, Kaufleute 5, Krämer 3, Krankenpflegerinnen 1, Landschaftsgärtner 1, Milchhändler 1, Musikantenhändler 1, Obst- und Gemüsehändler 4, Parfetteleger 1, Pensioninhaberinnen 1, Photographen 2, Schänke 2, Schankwirtinnen 1, Schmiede 1, Schneider 1, Schneiderinnen 3, Steuer 2, Stellmacher 1, Vertretiger von Vorwerkmaschinen 1, Viehhändler 3, Wäschereien 2, Wägenhändlerinnen 1, Wild- und Geflügelhändler 1, Zimmerleute 1, zusammen 67.

In den Mittagsstunden des Hausfrauenvereins wurden im Juni 520 Portionen ausgegeben.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Ein besonderer Genieß steht den Besuchern des Hansa-Theaters am Freitag und Sonnabend bevor: Der bekannte Reiterdarsteller Alfred Maca aus Hamburg, welcher gegenwärtig mit seiner Gesellschaft in den bedeutendsten Städten Schleswig-Holsteins auftritt, ist von der Direktion des Hansa-Theaters zu einem zweimaligen Gastspiel verpflichtet worden. Zur Aufführung gelangt das niederdeutsche Meisterstück Fritz Sternhagens „Mudder Mewes“. Das Werk fand überall ungeheuren Beifall und machen wir alle Freunde niederdeutscher Schauspielkunst auf diese außergewöhnlichen Veranstaltungen besonders aufmerksam. Es wird gebeten, da dieses Gastspiel großer Zuspruch finden wird, sich schon Karten im voraus zu besorgen.

pb. Verhaftungen. Ermittelt und festgenommen wurde eine polnische Arbeiterin, die einem hiesigen Uhrmacher eine Uhr gestohlen hatte. Ferner eine Arbeiterin, die seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls fleißig verfolgt wurde.

pb. 165 Pfund Butter gestohlen. In der Nacht zum 5. d. M. sind etwa von dem Burgtor wohnenden Milchhändler 165 Pfund Butter gestohlen worden.

pb. Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen sind zwei einer hiesigen Expeditionsfirma gehörige Perlenhänge, gezeichnet W. Brandt 1748 und 1792, die im Flughafen über dort lagernde Maschinenteile gedeut waren.

pb. Felddiebstähle. In letzter Zeit sind mehrere Personen, namentlich Kinder, wegen Entwendung von Feldfrüchten zur Anzeige gebracht.

Rohsburg. Feuersbrünste. In dem benachbarten Dorfe Rohsburg wurde das Gewerbe des früheren Fuhrers Heimohn, das jetzt dem Kaufmann Elterbrook in Hamburg gehört, durch Feuer völlig vernichtet. Das Feuer entstand nachts auf der Diele der Scheune und sprang auf das benachbarte Wohnhaus über. Die Bewohner des Hauses mußten durch Fenster ins Freie flüchten. In den Stallungen sind vier Pferde, alle Kühe, Schafe, Gänse, Enten, Tauben und Hühner verbrannt. Nur einige Schweine konnten gerettet werden. Im Wohnhause fiel das gesamte Inventar dem Feuer zum Opfer. Die Feuerwehren aus Rohsburg und Tramm, die zur Stelle waren, konnten gegen das Feuer nichts ausrichten. In Hilstorf brannten die Wohn- und Wirtschaftsgebäude des Landwirts Hans Ruppenau ab, der sich in rumänischer Gefangenschaft befindet. Auch hier konnte das Wohnhaus des Wohnhauses nicht gerettet werden. Ein kleines Kind, das allein zu Hause krank lag, konnte nur mit Mühe gerettet werden. Es erlitt schwere Brandwunden. Ein Pferd ist in den Flammen umgekommen.

Riel. Der Mann im Felde — die Familie im Armenhaus? „Ebedenkender Hausbesitzer“ gesucht. In Riel und Umgebung ist die Wohnungsnot so groß, daß der Magistrat von Rendsburg schon durch öffentliche Anzeigen Wohnungsgelegenheit für Kriegervfamilien sucht. In einer solchen Anzeige bittet er um eine Wohnung für eine Kriegervfrau mit vier Kindern, die zum 1. Juli ihre Wohnung aufgeben muß, seit Wochen aber vergeblich eine Wohnung von zwei Stuben zu angemessenem Preise sucht. Der Magistrat fordert edel denkende Hausbesitzer auf, geeignete freie Wohnungen bei ihm anzumelden, damit die Familie vor der Aufnahme im Armenhaus bewahrt werde!

Hilfsw. Die Errichtung einer rüstigen Mittagsmahlzeit von etwa 200 Lüben, um wenigstens die Mütter

Die allgemeine politische Aussprache im Hauptausschuß des Reichstages

wurde am Mittwoch fortgesetzt. Prinz Schönaich-Carolath wandte sich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Ebert, die ihn in vielen Punkten zu weit gegangen seien. Er wies aber einiggehend nach, daß in bezug auf die vielen Ernährungsschwierigkeiten Eberts Ausführungen vollberechtigt seien. Durch verkehrte Maßnahmen sei Erbitterung hervorgerufen. — Abg. Dr. Köstler: Fraglos seien bei unserer Ernährung Schwierigkeiten vorhanden; jedoch sei es in den feindlichen Ländern ganz gewiß nicht anders, zum Teil noch erheblich schlechter als bei uns. Für unsere nächstjährige Ernährung wäre ein abschließendes Urteil noch nicht möglich. Bei Urteilen über die Ernte müsse man sehr vorsichtig sein, solange die Ernte nicht unter Dach und Fach sei. Sinnerhin könnte man sagen, daß bis jetzt allgemein gute Aussichten bestehen. Dringend zu warnen sei auch davor, die Landwirtschaft zu sehr zu drücken; sie müsse die nötige Bewegungsfreiheit behalten, dann würden wir auch die jetzigen schweren Zeiten überleben. Für uns alle gelte der Satz, daß uns die Not der Zeit zum Äußersten zwingt. Alle Versuche, zu einem erträglichen Frieden zu kommen, seien bisher gescheitert. Auch in Stockholm wäre nichts erreicht worden. Unter diesen Umständen müsse alles andere zurückgestellt und die ganze Kraft auf die Verteidigung unseres Landes vereinnigt werden. Auch keine Partei sei durchaus bereit, für bessere Einrichtungen im eigenen Lande zu sorgen. Jedoch fehle jetzt für Veränderungen des Wahlrechts und ähnliche Maßnahmen die nötige Zeit und Ruhe; überdies würden aus solchen Bestrebungen nur Uneinigigkeiten entstehen und das sollten wir nicht aufkommen lassen, sondern alle Kreise unseres Volkes müßten ihre Kräfte vereinnigen, um den Angriff der feindlichen Heere auf unser Land und unsere Zukunft zurückzuschlagen.

Abg. Noske (Soz.): Die Sozialdemokratie hat beizeiten davor gewarnt, die Verhältnisse im eigenen Lande immer schlechter werden zu lassen, leider seien unsere Warnungen nicht beachtet worden. Die Regierungen zauderten hin und her und begnügten sich mit halben Maßnahmen. So sei es gekommen, daß bei uns Mißstände eintriften, die unbedingt vermieden werden mußten. Die Not in weiten Kreisen sei sehr groß. Wenn z. B. das Volk sehe, daß das neue Gemüse, nicht oder nur zu Wucherpreisen zu haben sei, sei es begreiflich, daß es erbittert werde. Diejenigen Landwirte, die sich durch die Preistreiberbewegungen bewegen lassen, ihre Produkte zurückzuhalten und auf Schlechtmengen über den Höchstpreisen zu verkaufen, begehen ein schweres Verbrechen am Vaterlande und machen die großen Worte von ihrem Patriotismus nicht wahr. Daß diese Mißstände von der Regierung nicht mit dem nötigen Nachdruck beseitigt wurden, ist es, was vielfach schweres Mißtrauen aufkommen läßt. Wenn die Verhandlungen in Stockholm zunächst kein anderes Ergebnis gehabt haben sollten, als das, was schon jetzt vor aller Augen liegt: daß immer mehr über den Frieden geredet wird und von immer weiteren Kreisen der Vereinzeltensfriede gefordert werde, dann hätten diese Verhandlungen einen sehr großen Wert. Denn diese Vorbereitung der Geister für den notwendigen Frieden sei die Voraussetzung, daß auf diesem Gebiete überhaupt ein Anfang gemacht werden könne. Deshalb sei es auch ein bebauerlicher Fehler des Reichstages gewesen, daß er die Forderung der Sozialdemokraten in der letzten Verhandlung nicht so beantwortet habe, wie die Sozialdemokraten es verlangten, nämlich daß er sich nicht klipp und klar zu der Forderung des Friedens ohne Kriegsschuldigungen und Annexionen bekannt habe. Dieses müßte jetzt unter allen Umständen nachgeholt werden. Ebenso müßte mit den neuen Einrichtungen im eigenen Lande schon jetzt begonnen werden. Preußen und Sachsen versagen auf diesem Gebiete vollständig; die nötigen Wahlrechtsänderungen würden nicht in Angriff genommen; umsonst müßte das Reich eingreifen. Kleinliche partikularistische Bedenken könnten nicht mehr in Betracht kommen. Ganz verfehlt sei es, uns auf die Zeit nach dem Kriege zu verließen, wenn wieder mit Ruhe derartige Fragen erörtert werden könnten. Nach Friedensschluß würden so wichtige und dringende wirtschaftliche Fragen zu lösen sein, daß von einer ruhigen Behandlung derartiger politischer Fragen gar nicht die Rede sein könne. Deshalb erfordere es die Rücksicht auf das eigene Land, mit der neuen Einrichtung jetzt zu beginnen.

Dr. Stresemann (Nat.) ging auf die Tätigkeit unserer Diplomatie ein und suchte nachzuweisen, daß sie nicht immer ihrer Aufgabe gewachsen sei. Auch müsse die Zivilgewalt unter allen Umständen die Kraft haben, gegenüber der Militärgewalt diejenigen Maßnahmen durchzuführen, die für eine erfolgreiche Politik unbedingt nötig sind. Redner ging dann auf eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Fragen ein, wies auf die Papiernot hin und auf die Beschwerden der Zeitungsverleger hierüber und empfahl zum Schluß dringend, jetzt mit der neuen Einrichtung im eigenen Lande zu beginnen. Die Ausführungen des Abg. Noske hierüber seien durchaus zutreffend und jede Verzögerung dieser Maßnahmen würde dem Vaterlande nur zum Schaden gereichen.

Der Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich ging auf die Papierfrage ein. Er hob die außerordentlich wichtigen Maßnahmen hervor, die von der Reichsleitung durchgeführt worden sind, um die Preissteigerung des Papiers zu begrenzen. Die Papierpreise seien in Deutschland nur um etwa 50 Prozent höher als im Frieden, während sie in England auf das Vierfache, in Frankreich gar auf das Fünffache gestiegen seien. Die gestaffelte Kontingentierung bei großen und kleinen Zeitungen sei unbedingt notwendig gewesen. Sie allein habe es ermöglicht, daß gerade die im Kriege unentbehrlichen kleinen Lokalzeitungen am Leben erhalten werden konnten. Eine Erleichterung der Kontingentierung sei nur möglich in Verbindung mit einer günstigeren Gestaltung der Rohlenversorgung, insbesondere der Verbesserung der Einfuhr böhmischer Braunkohle für die großen sächsischen Papierfabriken. Die Zusammenlegung der Industrie und die Zwangsindufikate erforderten große Opfer von vielen Erzeugern. Die Maßnahmen sollten aber nur als eine Kriegsvorkehrung aufgefaßt werden, die mit Rücksicht auf die Allgemeinheit unumgänglich war. Er (der Staatssekretär) schähe die freie wirtschaftliche Initiative viel zu hoch, als daß er meinen könnte, die freie wirtschaftliche Kraft sollte länger als unbedingt nötig ausgeschaltet bleiben. Dem Abgeordneten Noske erwiderte er, er könne niemandem das Recht zugeteilt, ihn als einen Gegner der Neuordnung hinzustellen; er sehe vielmehr vollständig auf dem Boden der Osterbotschaft und der Reden des Reichstages.

Der Kriegsminister teilte mit, daß er gegen die Zeitungsmassnahmen gegen die „Frankfurter Zeitung“ sofort eingeschritten sei und die Zurücknahme der Verfügung veranlaßt habe. Ihm sei die Drahtmeldung zugegangen, daß seiner Anweisung Folge geleistet sei.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. Juli.

111. Sitzung. Nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Rüdern, v. Stein, Dr. Visco, Zimmermann.

Präsident Dr. Kaempf macht Mitteilung von dem während der Ferien erfolgten Ableben des Abgeordneten Blankenhorn (Nat.). Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen in üblicher Weise.

Präsident Dr. Kaempf: Welch' erschreckendes Kriegselend, welch' erschreckendes Maß von Kriegsnöt wäre der ganzen Welt erspart geblieben, wenn unsere Feinde sich mit uns bemüht hätten, den Frieden zu finden, der geeignet wäre, die Ehre und Interessen aller Nationen zu wahren. Aber unsere Feinde haben das Friedensangebot des deutschen Kaisers mit Hohn zurückgewiesen. Ihre Kriegsziele sind auch heute noch die Zersplitterung und Vernichtung Deutschlands und seiner Verbündeten. Hiergegen mit aller Macht sich zu wehren, hiergegen Leben und Zukunft Deutschlands, koste es, was es wolle, zu verteidigen, ist die heilige, in uns allen lebendige Pflicht der gesamten Nation. (Beif.) In unerschütterlichem Vertrauen auf unser Heer und unsere Flotte und im Bewußtsein unseres Rechtes und unserer Stärke führe wir den uns aufgezwungenen Verteidigungskrieg weiter, geschlossen und entschlossen gehen wir den Gefahren entgegen, die der Angriff fast der ganzen Welt gegen uns aufzuräumen versucht, in der festen Zuversicht, daß der Sieg in diesem Verteidigungskampfe für unser Vaterland uns bleibt. (Beif., Beif.) Auf der Tagesordnung steht der Nachtragsetat, in welchem eine weitere Kriegsanleihe von 15 Milliarden gefordert wird.

Reichstagssekretär Graf Rüdern: Als wir uns vor wenigen Wochen trennten, wußten wir, daß wir bald zur Beratung einer weiteren Kreditvorlage zusammentreten würden. Eine Ueberraschung ist die neue Kreditvorlage also nicht. Unsere täg-

lichen Kriegsausgaben betragen 100 Millionen Mark, gegenüber 150 Millionen, die England täglich aufwendet. Der Krieg hat uns gelehrt, daß wir sparsam mit der nationalen Arbeit umgehen müssen. Eine weitere Maßnahme ist die, die noch vorhandenen Goldmengen der Reichsbank zuzuführen. Hunderte von Millionen sind noch in entbehrlichen Schmuckstücken und auch in Münzen vorhanden. Wer dazu hilft, daß diese Summen der Reichsbank zuzuführen, hilft unserer Wafuta und damit unserer Volkswirtschaft. Dazu gehört Kleinarbeit; in dieser Kleinarbeit sehen wir seit drei Jahren, daran beteiligen sich alle diejenigen, die dafür gefordert haben, daß unsere Arbeiter werden, daran beteiligen sich die Munitionsarbeiter, daran beteiligen sich auch die Frauen. Nur der verdient sich Freiheit sowie Leben, der täglich sie erobern muß. (Beifall.)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.) stellt einen Antrag auf Vertagung.

Abg. Geher (U. Soz.): Wir protestieren gegen diese Abwägung der parlamentarischen notwendigen Arbeiten.

Präsident Dr. Kaempf rügt diesen Ausdruck.

Das Haus beschließt die Vertagung.

Nächste Sitzung: Freitag 3 Uhr. (Anfragen, Verlängerung der Legislaturperiode, Wahlkreisänderung, Gesetzentwurf betriebl. Landtag von Elb-Lothringen.)

Der Bericht des Verfassungsausschusses über das Landtagswahlrecht wird auf Antrag des Abg. Müller (Meininger (Vollsp.)) gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt und mit der Generaldebatte am Sonnabend verbunden.

Schluß 4 Uhr.

Die Unabhängigen in Stockholm.

Die Darstellung der Stockholmer Abordnung der Unabhängigen sozialistischen Partei Deutschlands hat folgenden Wortlaut: Die Delegation der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands zur internationalen Konferenz traf am 22. Juni 1912 in Stockholm ein, bestehend aus Bernheim, Haase, Herzfeld als Vertreter Adolf Hoffmanns, der den Reisespaß wegen eines gegen ihn eingeleiteten Strafverfahrens nicht erhalten hatte, Kautsky und Stadthagen. Frau Zieg war kurz vor der Abreise plötzlich erkrankt. Später trafen noch als Delegierte ein: Hofer, Ledebour, Wengels und Ostar Cohn.

Die Delegation hatte eine Reihe von Unterhaltungen mit russischen Genossen verschiedener Richtungen über die schwebenden internationalen Fragen gepflogen, die fortgesetzt werden sollen, sobald noch andere Genossen aus Rußland, die angemeldet sind, ankommen. Die Delegation hat sich ferner mit dem Komitee der Zimmerwalder sowie mit dem holländisch-skandinavischen Komitee in Verbindung gesetzt.

Mit dem Komitee der Zimmerwalder erörterte sie in mehreren Besprechungen die Voraussetzungen einer Konferenz dieser Organisation vor der vom Arbeiter- und Soldatenrat einberufenen allgemeinen Konferenz sowie verschiedene Fragen der Friedenspolitik. Eine allgemeine Sitzung der Zimmerwalder konnte nicht stattfinden, weil wegen Verschiebung der allgemeinen internationalen Konferenz, die der August wohl nicht zusammentreten kann, aus mehreren Ländern Vertreter noch nicht erschienen waren.

Vor dem holländisch-skandinavischen Komitee entwielteten die Delegierten der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands ihre Auffassung über die Friedensarbeit. Haase, Bernheim und Kautsky hielten längere Referate über diesen Gegenstand, Herzfeld, Hofer, Stadthagen und Wengels ergänzten ihre Ausführungen. Haase gab vor allem einen geschichtlichen Überblick über die Tätigkeit, die die Opposition in der deutschen Sozialdemokratie vom Beginn des Krieges ab für den Frieden entwieltet hat. Er zeigte an Hand des Aktenmaterials, wie die Opposition von Anfang an für diejenigen Forderungen gekämpft hat, die jetzt allgemein aufgestellt werden: für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Er legte ferner im einzelnen dar, daß die Opposition die Mehrheit der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes fortgesetzt zu einer unabweislichen und entscheidenden Stellung in dieser Richtung zu drängen gesucht hat, und daß sie, weil diese Bemühungen auf hartnäckigen Widerstand stießen, im Gesamtinteresse des Proletariats und zur Förderung des Weltfriedens genötigt waren, die Fraktionsdisziplin zu durchbrechen, unbekümmert um die Maßregeln und Verfolgungen durch Parteimehrheit und Parteivorstand. Er wies nach, daß hier nicht Mißverständnisse vorlagen, sondern tiefgehende Gegenstände in den Grundanschauungen. Für die unabhängige Sozialdemokratische Partei sei die Friedensformel des Arbeiter- und Soldatenrates der Ausdruck ihrer eigenen konsequent vertret-

Es fauft das Rad . . .

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.

Von Dorothy Richardson.

Einzige berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Larsen.

25. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Wieviel Stück hast du schon ruiniert, kleines Mädel?“ fragte sie, indem sie sich gegen mich vorbeugte, aber gleichzeitig immer die Augen durchs ganze Zimmer laufen ließ, als fürchte sie, irgend jemand werde ihre Worte belauschen.

Ich antwortete nicht, und sie drohte mir mit dem Finger.

„Hihi“, lachte sie, „glaubst du, ich hätte nicht etwa gesehen, wie du die verpöhltesten Stücke in die Pappschachtel da drunter hineingelegst hast? O, ich habe scharfe Augen, und meine Augen sehen weit! Sehr weit! Armes Mädel, es geht dir halt genau so, wie es allen Anfängerinnen geht — in den ersten Tagen verpöhlen sie mehr, als sie wirklich arbeiten! Und wie lange dauert es nicht, bis sie endlich von ihrer Hände Arbeit leben können . . .? Ja, ja! . . . Das Leben ist heutzutage schwer!“

Sie stand auf, griff unter meinen Tisch und nahm ein ganzes Bündchen von ruinierten Leibchen hervor. Dann ging sie, ohne ein Wort zu sagen, an ihre Maschine zurück und begann meine Arbeit wieder aufzutrennen.

„Ich helfe gern, wenn ich kann“, sagte sie nach einer Weile. „Leider kann ich nur selten. Aber ist es denn nicht wirklich wahr, wenn wir Armen einander nicht helfen sollten — wer sollte uns denn eigentlich helfen . . .?“

Rahel Goldberg hatte vier Duzend extra feine Stücke fertig bekommen und damit fünfundsiebzig Cent verdient; die Uhr aber war um diese Zeit noch einmal elf. Sie sagte, wenn nicht gerade etwas mit den Maschinen passiere, was demnach ziemlich häufig vorzukommen mußte, könne sie den Tag über etwas über einen Dollar und sechzig Cent verdienen. Sie sah ungeduldig auf die Uhr; eine jede Minute war für sie kostbar, und sie sah schon längst wieder erwartungsvoll über die Maschine gebeugt, noch bevor der Strom wieder in Ordnung gebracht war.

„An was denkst du heute eigentlich wieder Miriam?“ fragte eine der jungen Arbeiterinnen, indem sie den anderen verstohlen zublinzelte.

Die Alte sah von ihrer Arbeit auf, legte die Hand zum Schutze gegen das grelle Gaslicht über die Augen und sah die Reihe der Arbeiterinnen entlang, bis sie die Fragerin gefunden hatte.

„An was ich denke?“ sagte sie. „Das möchtest du also gern wissen? Ich denke gerade daran, wie schön es auf der Welt ist

und wie gut es uns allen geht — dir und mir natürlich besonders.“

Und sie verzog die Lippen zu einem Lachen, das schlimmer war, als wenn sie gewint hätte.

„Weiß der Teufel, was heute mit dir los ist, Miriam“, sagte der Vorarbeiter, als er vorbeikam, um die Arbeit zu inspizieren, und im gleichen Augenblick fiel sein Blick auch schon auf die Leibchen, die ich ruiniert hatte, und deren letztes Miriam gerade noch in Händen hielt.

„Wer hat denn das da genäht?“ fragte er und runzelte die Stirn.

„Na, wer denn wohl anders als ich?“ antwortete Miriam, noch bevor ich zu Wort kommen konnte, und machte mir ein Zeichen, zu schweigen.

Der Vorarbeiter sah sie kopfschüttelnd und ungläubig an. „Das willst du mir weismachen? Nun, meine Liebe, wenn du wirklich alles das da ruiniert hättest, so müßte ich dich ja auf der Stelle davonjagen . . .“

Die Worte klangen grob, aber seine Stimme klang beinahe freundlich, so daß ich wieder ein wenig Mut faßte, und als er mich nach meiner Arbeit fragte, nur mit dem Blick nach Miriam hinüberwies.

„Ja, ja, ich habe es mir gedacht“, murmelte er, indem er zu Bessie hinüberging.

„Armes, altes Tier“, sagte eine der Arbeiterinnen mit einem Blick auf Miriam, „sie ist nicht mehr ganz richtig im Oberstübchen. Sie soll in einer jener alten Fabriken übergeschmappert sein, wo sie ihre Leute zu Tode quälten und es, soweit es sich machen läßt, auch heute noch tun. Meine Mutter hat auch zwei gefaßt, die droben bei Sternberg Männerdienen genäht haben, und darüber verrückt geworden sind. Ein bißchen besser ist es ja in manchen Betrieben heute schon geworden, aber ein niederrächtiger Saufstall bleibt es doch, das sage ich.“

Ich bewunderte die Fingerfertigkeit Rahel Goldbergs und fragte sie, wie lange es dauerte, bis man so geschickt werde. Eine andere nebenan antwortete für sie:

„Sie werden niemals so geschickt werden, und es ist das Beste, wenn sie sich von vornherein damit abfinden. Das habe ich schon gesehen, als Sie die ersten Stücke machten. Die wird damit niemals das Salz zum Brot verdienen können, habe ich mir gesagt. Sie können vielleicht Männerhosen nähen oder so etwas, aber Unterwäsche, nein, dazu muß man direkt geboren werden!“

„Stimmt!“ sagte Rahel Goldberg. „Meine Mutter hat die ganzen letzten Jahre, bevor ich zur Welt kam, nichts als Herrenhosen genäht.“

Es dauerte etwa eine halbe Stunde, bis der elektrische Strom wieder funktionierte; dann arbeiteten wir ununterbrochen bis

halb ein Uhr und machten dann eine halbe Stunde Mittagspause. Wir drei hockten uns zum Essen in einer entlegenen Ecke zusammen und berechneten, was wir verdient hatten. Am schlimmsten war es Eunice gegangen, die sich zudem auch noch die Finger aufgeschoben hatte. Dabei hatten wir alle drei zusammen noch nicht einmal zehn Cent verdient. Gewiß würden wir ja in einiger Zeit etwas geschickter werden, aber wir sahen doch ein, daß viel, viel Zeit vergehen würde, bis wir soviel würden verdienen können, um wenigstens notdürftig durchs Leben zu kommen.

Wir kamen deshalb überein, daß Bessie gleich am Abend aufhören und sich nach anderer Arbeit umsehen sollte.

Am nächsten Tage ging es mit der Arbeit nicht sonderlich besser, dazu wurden die Rückenmerzen immer ärger, und des Nachts wälzte ich mich in meinem schmalen Bett von der einen Seite auf die andere und war so nervös, daß ich kaum einschlafen, wieder hochuhr, um nach Spigen und Unterleibchen zu greifen.

Als wir nach Arbeitschluß auf die Straße traten, wartete Bessie auf uns und strahlte vor Vergnügen. Sie steckte sogar Eunice mit ihrer Glaslaune an.

„Jetzt habe ich aber etwas gefunden“, rief sie schon von weitem. „Ja, gibt es denn überhaupt so viel Glück? Drei Dollar in der Woche während der Lehrzeit und ein anständiges Haus und Arbeitszeit von halb neun bis fünf und jeden Samstag nachmittag das ganze Jahr über frei! Habt ihr schon jemals so etwas gehört . . .?“

Am nächsten Morgen trafen wir uns an der gewohnten Straßenecke und ließen uns von Bessie zu der neuen Arbeitsstelle führen. Der Weg ging durch Stadtteile, die wir noch nie gesehen hatten, und schließlich durch ein Gewirr von engen, dunklen Straßen mit hohen Balkenragern zu beiden Seiten.

In einer dieser Straßen lag Wolfs Fabrik, unsere neue Arbeitsstätte, und bald sahen wir wieder am Arbeitstisch sitzen uns von der Vorarbeiterin, einer schlaugigen Frau, zeigen, was wir zu machen hatten. Diesmal waren es Eis- und Silberarbeiten. In unserem Saal saßen dreißig Arbeiterinnen beisammen, in den anderen Sälen jedoch bei weitem mehr, und in allen Stockwerken des riesigen fünfstöckigen Hauses wurden nichts als Eis gemacht — für Armbänder, Ringe, Köpfe, ganze Silberausstattungen usw.

Wir bekamen je eine Duzend Fünftelstunden zugewiesen, die wir mit weichem Leder überziehen und dann mit Seide füttern sollten. Es war sowohl eine unterhaltende wie auch leichte Arbeit, und selbst Eunice lächelte zufrieden vor sich hin.

(Fortsetzung folgt)

Wien Grundzüge, für die anderen nur die opportunistische Anpassung an die augenblickliche Situation.

Berlin sprach im Anschluß an diese Ausführungen hauptsächlich darüber, ob die Schuldfrage von den Verhandlungen der allgemeinen Konferenz ganz ausgeschlossen werden könnte. Die völlige Ausschaltung dieser Frage werde schon deshalb nicht möglich sein, weil die Vertreter mehrerer Länder ihre Behandlung forderten und die Ablehnung wahrscheinlich als Vorentscheidung betrachtet werden. Auch würde man den Kampf für den Frieden und für ein den Grundzügen demokratischer Gerechtigkeit entsprechendes Friedensprogramm nicht in zweifelhafter Weise führen können, wenn man nicht Klarheit über den Charakter des Krieges und den Anteil der einzelnen Regierungen an ihm gewonnen habe. Das könne, wie er im einzelnen nachwies, ganz gut an Hand der von den Regierungen selbst veröffentlichten Kriegsdokumente geschehen. Auch werde der Sache des Friedens dadurch ein Dienst geleistet werden, wenn auf einer allgemeinen Konferenz die Genossen aus den kriegsführenden Staaten ihre eigene Meinung über die Streitfragen äußern würden. Die Haupthindernisse der Einigung über eine kraftvolle Aktion für den Frieden seien die Meinungsverschiedenheiten über die Verantwortlichkeiten am Krieg und die Zweideutigkeiten in den Friedensprogrammen. Diese müßten vor allen Dingen beseitigt werden.

Kautsky behandelte das Friedensprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands. Er legte dar, daß heute wohl die Sozialisten der sogenannten Mehrheit in Deutschland anscheinend dasselbe Friedensprogramm hätten wie die Unabhängigen Sozialdemokraten, da die einen wie die anderen einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kontributionen fordern, daß die Übereinstimmung aber bloß in dem Gebrauch der gleichen Worte bestehe, denen jeder Teil einen anderen Sinn beilege. Er zeigte an der Hand der Votings über die Kriegsziele, die von der Fraktion im August 1915 beschlossen wurden, und der jüngsten in Stockholm verfaßten Denkschrift der Reichstagssozialisten, daß deren Auffassung nicht auf den Prinzipien der internationalen Sozialdemokratie beruhe, sondern daß sie erfüllt sei vom Geiste nationaler Machtpolitik und militärischer Denkwiese, die ihre Haltung zu den einzelnen Problemen von der Kriegslage abhängig mache. Er wies das in einzelnen nach aus den Sätzen über Österreich und die Türkei, über Belgien, Polen und Elsaß-Lothringen.

Zum Schluß wiederholte Kautsky, was sämtliche Redner schon vor ihm im gleichen Sinne nachdrücklich betont hatten, daß die geplante Konferenz, wenn sie für den Frieden wirken sollte, ihre Aufgabe nicht in der Ausarbeitung eines platonischen Friedensprogrammes erblicken dürfe, wenn sie nicht den Anstoß zum allseitigen energiegelassen Kampf für die Durchsetzung des sozialdemokratischen Friedensprogrammes gebe und alle Teile des internationalen Proletariats zusammenschließe, die bereit sind, diesen Kampf tatkräftig aufzunehmen. Darin sehen die Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands die Hauptaufgabe einer internationalen Konferenz.

Es war zu erwarten, daß die Unabhängigen die in Deutschland herrschenden Streitigkeiten zur Sprache bringen würden, man braucht aber nicht zu fürchten, daß man draußen die gegen die deutsche Sozialdemokratie erhobenen Vorwürfe allzu tragisch nehmen wird. Man wird begreifen, daß die Unabhängigen den Versuch machen müssen, die von ihnen hervorgerufene Spaltung und die damit verbundenen Störungen der sozialistischen Friedensarbeit zu rechtfertigen, und das konnten sie nur, indem sie sich gegenüber der „opportunistischen“, nach Kautsky sogar „nationalistischen“ und „militaristischen“ Sozialdemokratie als die Hüter der reinen internationalen Prinzipien hinstellten. Unparteiische Beurteiler werden aber ganz von selbst, was sie von Vorwürfen, die der Höhe eines wilden Parteistritts entsprechen und, abgesehen davon, sie werden die unabhängige Karikaturensammlung nicht für ein Prosopographalbum halten.

25 Jahre Löfferverband.

Dieser Tage konnte der Zentralverband der Löffler auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Am 1. Juli 1892 begann er seine Tätigkeit, hart angefeindet von der sozialistischen Richtung, welche unerbittlicher Kampf sich noch jahrelang hinzog und erst am Ende des vorigen Jahrhunderts gegen den Verband zu Ende ging. Immerhin haben sich einige Rudimente sozialistischer Richtung noch bis heute in Berlin und Königsberg erhalten.

Dieser Bundeskampf, der viele Opfer gefordert und viele Kraft nutzlos verzehret, erscheint heute um so banaler, als früher bereits ein Vorläufer des jetzigen Verbandes bestanden hatte. Schon im August 1873 fand in Dresden ein Löfflerkongreß statt, auf dem ein Verband der Löffler (Allgemeiner deutscher Löfflerverein einschließlich Österreich-Ungarn und der Schweiz) gegründet wurde. Dieser Verband fiel 1878 dem Sozialistengezetz zum Opfer. Nach Überwindung einiger Jahre völliger Desorganisation fanden sich dann die Löffler wieder nach und nach in örtlichen Handvereinen zusammen, weil die erneute Gründung eines Verbandes der auf Grund des Sozialistengesetzes vorhandener Aufhängungsgefahr wegen nicht möglich erschien. Im Jahre 1884 fand ein Kongreß von Vertretern britischer Löfflerhandwerker in Dresden statt, wo eine Zentral-Kommission und Statuten für die Löffler gegründet wurde, die dann als vornehmliches Zielglied der Löffler lange Jahre fungierte. Es war ein mangelhafter Vorläufer, jedoch brachte auch diese Zeit den Löfflern manche nennenswerten gewerkschaftlichen Erfolge: Solidarität und Opfermut wurden gelehrt, der organisatorische Zusammenhalt wurde. Der Fall des Sozialistengesetzes machte dann die Bahn frei für die Verbandstrennung: sie wurde bei den Löfflern im Mai 1892 beschlossen und im Juli durchgeführt.

Diese Gründung fiel in eine Periode der Sanftmütigkeit. Die Löffler, die damals vom Baumarkt abhängig sind, hatten ihre 18te Zeit durchgemacht, die sich durch den Bundeskampf noch unersättlicher gehalten. Zudem ließen die damals in fast allen Gewerkschaften noch hohen niedrigen Löhne wenig Anreiz zu einer Abkehr von Lohnstreikungen u. dgl. und nach einem Bundeskampf und Sanftmütigkeit, die gemeinsame Not führte die Streitenden zusammen. Auch brach sich die Einsicht Bahn, daß eine Kampforganisation höhere Stufen erfordert. Erfolge hatten sie sich und der Verband gewann an Mitgliedern und Einfluß.

Seit dem Jahre 1899 datiert der Aufstieg des Verbandes. Er bestritt den Weg der Unzufriedenheitskämpfe; ja, daraus wurde Arbeit und Kampf, keine Mittelstufen mehr. In den Jahren 1899 bis 1900 wurden 2000 und 1900 3000 Mitglieder, im Jahre 1901 4000 und im Jahre 1902 5000 Mitglieder aufgenommen. Die Unterhaltungsbedingungen waren auf ca. 1200 im Jahre 1907, wobei um diese Zeit ca. 70 Prozent aller organisatorisch-tätigen Löffler organisiert waren. In diesen Jahren fand die Organisation mit dem Unternehmertum zwischen höheren Stufen durchzuführen. Er erstreckte sich auf die Unterstützung in juristischen Angelegenheiten Deutschlands, die im Jahre 1908 aus Verbot des Reiches und Fortwährender Streiks vom Verband der Kaufmannschaften in Anspruch genommen wurde. Der Unternehmertum, den Verband zu unterstützen, geschah jedoch an der Einmündigkeit des Löfflerverbandes der eigentlichen Löffler. Ein erster Versuch des Unternehmertums in gleicher Richtung im Jahre 1905 wurde durch die Reichsregierung zurückgewiesen, was einigermassen ein Hindernis bildete. In diesen Jahren wurde der Löfflerverband vom Verband der Kaufmannschaften als vollwertiger Faktor bei allen Lohnstreikungen und Lohnregulierungen herangezogen. Auch bei den Streikmaßnahmen und dem Löfflerverband der Arbeiterorganisationen.

Abgesehen vom Abschluß der Berliner Löffler im Jahre 1907, der 136 000 Mk. Kosten verursachte, hatte diese in der Folgezeit der Verband zahlreiche Erfolge erzielt, die nicht mehr zu be-



Gebiet der neuen russischen Offensive

legen. Seine Tätigkeit auf dem Gebiete der Lohnbewegungen und Streiks hat er aber unermüdet bis zum Kriegsausbruch fortgesetzt. Dies hat gute Früchte gezeitigt. Wohl jede noch so kleine Zahlstelle des Verbandes hat heute ihren Tarifvertrag, in ganz Deutschland gibt es 225 Löfflervereine, darunter 225 in Österreich und ein Provinzialrat (Düsseldorfer). Die Löhne wurden überall erhöht, Mißstände beseitigt und die Arbeitszeit vermindert. Auch während der Kriegszeit hat diese Tätigkeit nicht abgebrochen. Sogar Kriegsteuerzulagen bis zu 50 Prozent wurden nach verschiedenen Entschlüssen entsprechend erhöht abgefordert, u. a. auch ein Dienstverbot für die Provinz Ostpreußen.

Mit dem Jahre 1907 setzte eine erneute Sanftmütigkeit ein. Viele Löffler waren gezwungen, in anderen Berufen Beschäftigung zu suchen, doch die Mitgliederzahl des Verbandes auf 10 165 im Jahre 1910 herab. Im Jahre 1914 zeigten sich die Anfänge einer verstärkten Konjunktur; jedoch gestörte der Krieg dann fast alle Hoffnungen. Die Sanftmütigkeit wurde fast ganz eingestellt; die meisten Löffler wurden zum Heeresdienst berufen, jedoch zur Zeit noch rund 3000 Verbandsmitglieder vorhanden sind.

Insbesonderes ist das Gefüge des Verbandes an seinem Jubiläumstage ein festes und gutes und berechtigt zu den besten Hoffnungen. Am Schluß des Jahres 1914 hatte die Organisation ein Verbandsvermögen von 338 000 Mk. Dieser gute Bestand hat sich trotz bedeutender Zuwendungen an die Familien der Kriegsteilnehmer und an diese selbst nur unwesentlich verringert; er betrug am Jahresende trotz dieser Zuwendungen in Höhe von ca. 63 000 Mk. und obwohl bereits längst für die Mitglieder wieder das alte Friedensniveau volle Geltung hat, am Jahresende 1916 noch rund 360 000 Mk. Insgesamt hat der Verband in den 25 Jahren seines Bestehens über 4 1/2 Millionen Mark vereinnahmt. Von dieser Summe sind nur für Unterhaltungen an die Mitglieder rund 2 1/2 Millionen Mark wieder zurückgegeben.

So hat der Verband während seines 25jährigen Bestehens recht Erfolge gezeitigt. Seinen Mitgliedern hat er Millionenwerte in Gehalt höherer Löhne verschafft, die lange Arbeitszeit beseitigt, viel Pensionsersatz gefunden und Wissen und Bildung gefördert. Aus arbeitslosen Zuständen auf dem Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat er gesetzliche Verbesserungen im Löfflergewerbe geschaffen. In jeder Weise hat er sich seinen wirtschaftlichen Interessen gewidmet gezeigt. Wir wünschen ihm von Herzen Glück auch für die Zukunft! Möge er wie bisher in erfolgreichster Weise für seine Verbandsangehörigen wirken! Möge ihn die bevorstehende Friedenszeit einzig und gut gestärkt finden zu neuen Taten, zu neuen Siegen!

Bei der vierten Generalversammlung der Volksfürsorge.

die am 26. Juni in Hamburg stattfand, waren 889 000 Mark Aktienkapital vertreten. Nach der durch den anwesenden Vizepräsidenten festgestellten Rechtmäßigkeit der Vertretung eröffnete der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Reichstagsabgeordneter Gustav Bauer, die Generalversammlung, deren Einberufung jahrgemäß richtig erfolgt war, mit einem ehrenden Nachruf für den im September vorigen Jahres plötzlich verstorbenen ersten Geschäftsführer der Volksfürsorge Adolph von Elm.

Beim ersten Punkt der Tagesordnung, Geschäftsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates, hob zunächst das geschäftsführende Vorstandsmitglied Lesche unter Verweisung auf den gedruckten Geschäftsbericht hervor, daß es auch im abgelaufenen Geschäftsjahre trotz der großen durch den Krieg bedingten Schwierigkeiten der eifrigen Tätigkeit der Funktionäre der Volksfürsorge gelungen sei, eine Steigerung der Zahl der Kapitalversicherungen, und infolgedessen der Höhe der Versicherungssumme zu erzielen. Bei den Kapitalversicherungen, die von 105 103 im Jahre 1915 auf 123 715 im Jahre 1916 anwuchsen, zeigte sich eine Steigerung von 18 612 Versicherungen. Bei den Sparversicherungen ist die Zahl um 1799 gestiegen. Der gesamte Versicherungssumme betrug, der 1915 171 312 Versicherungen mit 24 473 929 Mk. Versicherungssumme und Ende 1916 191 736 Versicherungen mit 28 468 029 Mk. Versicherungssumme betrug, stetig somit um 20 424 Versicherungen mit 3 994 100 Mk. Versicherungssumme. Dadurch erhöhte sich die Prämienentnahme von 1 924 847,80 Mk. auf 2 352 435,15 Mk. und brachte somit im Jahre 1916 einen Mehrertrag von 407 587,35 Mk. Die Zinseinnahme, die von 1 18 934,02 Mk. auf 221 888 Mk. stieg, brachte eine Steigerung von 72 954 Mk. Naturgemäß stiegen bei der längeren Dauer der abgelaufenen Versicherungen auch die Leistungen der Gesellschaft. Es waren im abgelaufenen Jahre 128 717,34 Mk., im Jahre 1915 90 332,53 Mk., im Jahre 1916 38 384,81 Mk. mehr an Versicherungsleistungen auszusahlen.

Besonders erfreulich war es für den Vorstand, daß er trotz der erschwerten Organisationsfähigkeit auch in diesem Jahre darauf verzichten konnte, dem Organisationsfonds weitere Mittel zu entnehmen, der nach Abschluß des Krieges für die Arbeiten des dann notwendigen Neuaufbaues dringend erforderlich sein wird. Um die Gesellschaft auch sonst gegen jede Ueberrückung zu sichern, schloß der Vorstand vor, bei der Bilanzierung des Geschäftsergebnisses der Kontofortentzerrung den Betrag von 15 000 Mk. und der Reserve für Kursschwankungen den Betrag von 40 000 Mk. zuzuschreiben und des ferneren auf den Inventarbestand eine Abschreibung von 20 Proz. im Betrage von 15 358,76 Mk. vorzunehmen. Da sich trotz der erschwerten Verhältnisse und der dem Vorstände vorzuschlagene finanziellen Vorstufungsmaßregeln noch ein Uebererschuß im Betrage von 217 421,27 Mk. ergibt, kann neben der Zuweisung der jahrgemäßen Beträge an die verschiedenen Reserven dem Gewinnreservefonds ein Betrag von 145 081,61 Mk., gleich 7 Proz. der Jahresprämien, überwiesen werden. Nachdem durch die wiederholten Berichtleistungen der Aktionäre auf die ihnen zuzehrende Verzinsung ihres Aktienkapitals eine ausreichende Stärkung des Kriegesreservefonds ermöglicht wurde, glaube der Vorstand, in diesem Jahre davon absehen zu sollen, den Aktionären weiteres außerordentliche Leistungen zuzumuten und schloß deshalb vor, die jahrgemäßen vierprozentigen Zinsen im Betrage von 40 000 Mk. zur Auszahlung gelangen zu lassen. Alles in allem sei man wohl berechtigt, unter Berücksichtigung des nun seit drei Jahren währenden Krieges, mit der Entwicklung unserer Volksfürsorge zufrieden zu sein.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates konstatierte hierauf, daß abgelaufenen Geschäftsjahre die Verwaltungsgeschäfte im besten guten Einvernehmen mit dem Vorstand erledigt wurden. Nach dem Tode von Elm hob der Aufsichtsrat im Einverständnis mit dem Vorstände beschloß, während der Dauer des Krieges von der Bezahlung des Postens eines zweiten geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes abzusehen, und zur ungehinderten Fortführung der Verwaltungsgeschäfte dem Leiter des literarischen Bureaus, Herrn Hildbrand, Profura zu erteilen. Im übrigen könne er sich dem Bericht des Vorstandes vollinhaltlich anschließen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung berichtete hierauf der Revisor, Herr Bäcklein, daß er am 9. und 10. Mai 1917 eine Revision der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung für 1916 vorgenommen und alles in bester Ordnung gefunden habe. Für die Revisionskommission des Aufsichtsrates erklärte Herr Junger, daß sie bei ihren verschiedenen Revisionen niemals Veranlassung zur Beanstandung gehabt habe und sich dem Antrage des Herrn Bäcklein anschließen könne. Hierauf wurde der Antrag einstimmig angenommen und damit die Entlastung ausgesprochen.

Beim vierten Punkt der Tagesordnung beantragte Herr Lesche, von dem ersten Uebererschusse von 217 421,27 Mk. den Bestimmungen des § 36 des Gesellschaftsvertrages entsprechend je 5 Prozent gleich 10 871,06 Mk., zusammen also 43 484,24 Mk. dem Reservefonds, dem Organisationsfonds, dem Kriegesreservefonds und dem Fonds für besondere Reserven zuzuwenden; weiter den Aktionären an Zinsen für das voll eingezahlte Aktienkapital 40 000 Mk. und der Gewinnreserve der Versicherung 7 Proz. der Jahresprämie der mit Gewinnbeteiligung Versicherten gleich 145 081,61 Mk. weniger 18 439,40 Mk. verrenteter, aber nicht zur Geschäftsjahresgewinnanteile, nämlich 126 642,21 Mk., zuzuwenden. Der Betrag von 7294,82 Mk. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Verheimlichte Kartoffelräufe. Die Strafkammer in Landau in der Pfalz verurteilte den Bürgermeister und Postkassierer Otto v. Weingarten, der bei der amtlichen Kartoffelverkaufsannahme statt der bei ihm vorgefundenen 200 Zentner Kartoffeln nur 50 Zentner angegeben und den Personalbestand seiner Wirtschaft samt fünf mit acht besetzt hatte, wegen gemeingefährlichen Vergehens zu einer Woche Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe eventuell weiteren 200 Tagen Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

882 Straßverbrechen sind in Köln wegen Vergehen gegen die Lebensmittelverordnungen von der Polizei im Monat Juni eingeleitet worden. Im einzelnen handelt es sich um 69 Verbrechen wegen Preisbreiherci in Lebensmitteln, um 97 wegen Höchstpreisüberschreitung, um 59 wegen Schmuggels von Lebensmitteln, um 269 wegen Vergehens gegen die Versorgungsregelung durch Warenmärkte und Kundenlisten. Außerdem wurde 22 Personen wegen Brotbackwindels und Markendiebstahls festgenommen.

Eine begründete Verurteilung. In Merseburg und Wittenberg wurde durch Zeittatrichter der Einwohnerzahl folgende Verfügung des stellvertretenden Generalkommandos bekanntgegeben: Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird verboten, Zwangsverhaftungsaufträge, welche die Räumung von Mietwohnungen am 1. Juli zum Gegenstande haben, durchzuführen, sofern nicht der Mieter ein angemessenes Unterkommen gefunden hat. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 9 b des Belagerungszustandsgesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei vorliegenden mildernden Umständen mit Haft oder Geldstrafe bis 1500 Mark bestraft.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Gedruckt in Berlin.